

FBP-TERMINE

FBP

LIECHTENSTEIN

Montagstreff der FBP Vaduz

Wann
Montag, 27. Juni, 19.30 Uhr

Wo
Restaurant Adler, Vaduz

Frauen in der FBP: Vortragsabend - Parteieigene Frauenorganisationen

Wann
Dienstag, 28. Juni, 19 Uhr

Wo
Mühle, Balzers

Was
Vortrag von Frau Fabienne Amlinger zum Thema «Aussenbezirke der Parteien? - Parteieigene Frauenorganisationen am Beispiel der Schweizer Regierungsparteien». Anschliessend gemütlicher Apéro

Anmeldung
info@fbp.li oder +423 237 79 40

FBP Schellenberg Ortsgruppenversammlung mit dem Regierungschef

Wann
Freitag, 1. Juli, 19 Uhr

Wo
Sport- und Freizeitanlage,
Schellenberg

FBP Vaduz Gespräche mit dem Regierungschef

Wann
Montag, 4. Juli, 17 Uhr

Wo
Gasthof Au, Vaduz

Kontakt

E-Mail: info@fbp.li
Internet: www.fbp.li



Amlinger: «Das Interesse der Männer hielt sich in Grenzen»

Spannungsfeld Fabienne Amlinger, Historikerin und Geschlechterforscherin an der Universität Bern, spricht am kommenden Dienstag in der Mühle in Balzers über das Thema Parteieigene Frauenorganisationen. Die Schweizer Volkspartei denkt nämlich darüber nach, diese abzuschaffen. Dies sieht sie kritisch.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Frau Amlinger, viele Parteien haben eine Sektion für Frauen, so auch die Fortschrittliche Bürgerpartei. Ist das 32 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts überhaupt noch zeitgemäss?

Fabienne Amlinger: Parteiinterne Frauensektionen bürgerlicher wie auch linker Parteien wurden ursprünglich mit einer klaren Aufgabe gegründet. Sie hatten weibliche Parteimitglieder anzuwerben, sollten diese politisch schulen und deren Anliegen vertreten. In der Geschichte dieser Frauenorganisationen lassen sich auch tatsächlich etliche Errungenschaften festmachen. Deswegen einer blinden Fortschrittsgläubigkeit zu verfallen und Frauenorganisationen als überholt zu betrachten, wäre allerdings verfehlt. Die Vergangenheit dieser Organisationen zeigt nämlich, dass sie immer auch wieder Rückschläge einstecken mussten und dass jede Zeit ihre eigenen frauen- und gleichstellungspolitischen Herausforderungen mit sich brachte.

Müssten auch die Männer stärker in die Frauenthemen eingebunden werden?

Hier möchte ich zurückfragen, ob es denn überhaupt «Frauenthemen» gibt. Gemeinhin werden beispielsweise geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten, Schwangerschaftsabbruch oder Gewalt gegen Frauen als «Frauenthemen» bezeichnet. Doch geht das nicht alle Geschlechter an und sollten sich folglich nicht alle damit beschäftigen? Die von mir untersuchten parteiinternen Frauenorganisationen haben ja just versucht, dass ihre Anliegen zu solchen der Partei werden und sich auch



Fabienne Amlinger: «Einer blinden Fortschrittsgläubigkeit zu verfallen und Frauenorganisationen innerhalb von Parteien als überholt zu betrachten, wäre verfehlt.» (Foto: zvg)

Männer damit beschäftigen. Grossmehrwertlich hielt sich deren Interesse allerdings in Grenzen. Es kann folglich nicht die Rede sein von einer fehlenden Einbindung der Männer, sondern vielmehr von deren Desinteresse gegenüber sogenannten Frauenthemen.

Die Frauen unter 40 haben den Kampf ums Frauenstimmrecht nicht mehr aktiv mitbekommen, sie durften aufs Gymnasium und sind soweit gleichberechtigt aufgewachsen. Seit einigen Jahren ist es ja so, dass mehr Frauen als Männer die Matura machen und studieren. Wird sich das Problem nicht bald von selbst lösen?

Ob unter 40-jährige Frauen tatsächlich derart gleichberechtigt aufgewachsen sind, würde ich stark in Frage stellen. Aber es ist sicherlich nicht zu negieren, dass wichtige Errungenschaften erreicht wurden. Es stimmt auch, dass heute mehr Frauen als Männer studieren. Allerdings muss hier das Gesamtbild berücksichtigt werden: So sind Studienfächer oft stark nach Geschlechtern aufgeteilt, wobei Frauen stärker in

den weniger prestigeträchtigen Disziplinen vertreten sind. Bereits auf Doktorats- und noch viel stärker auf der Professorenstufe sind Männer deutlich besser vertreten als Frauen. Zudem möchte ich zu bedenken geben, dass sich zwar gewisse Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern aufgehoben haben, als gesichert sollten solche Errungenschaften hingegen nicht angesehen werden. Zudem erwachsen auch immer wieder neue Ungleichheiten.

In rund acht Monaten sind in Liechtenstein die Landtagswahlen, die Kandidatensuche läuft auf Hochtouren. Die zuständigen Gremien zweifeln jedoch fast, weil fast keine Frau zusagt. Nützt denn Frauenförderung etwas, wenn die Frauen letztendlich schlicht nicht wollen? Dass Frauen gar nicht für politische Ämter kandidieren wollen, ist eine Behauptung, die bereits die Gegner und Gegnerinnen des Frauenstimmrechts anführten. Auch nach der politischen Gleichberechtigung war immer wieder davon die Rede, dass die Frauen ihre Rechte gar nicht wahrnehmen mochten.

Aus der schwierigen Suche nach Kandidatinnen nun zu schliessen, dass das am fehlenden Wille liegt, erscheint mir verkürzt. Die Frage ist doch, warum das so ist. Hat das mit der Mehrfachbelastung der Frauen zu tun, mit dem für den Wahlkampf notwendigen Geld, mit der nach wie vor sehr männlichen Kultur des politischen Feldes, um nur einige Möglichkeiten zu nennen?

Stichwort Mehrfachbelastung: Oft schaffen ja Frauen den Spagat zwischen Familie und Beruf kaum, dann sollen sie noch politisch aktiv werden. Geht das überhaupt?

In der Tat ist das eine enorme Herausforderung. Und das zeigt ja gerade, dass es nicht einfach am angeblich fehlenden Willen oder am politischen Desinteresse von Frauen liegt, dass sie nicht für ein Amt kandidieren. Es zeigt aber auch, dass es eben durchaus noch viel zu tun gibt. So reicht es eben nicht, dass Frauen erst seit 32 Jahren politisch mitwirken dürfen. Damit sie dieses Recht auch wahrnehmen können, müssen sich auch gesellschaftliche Strukturen ändern.

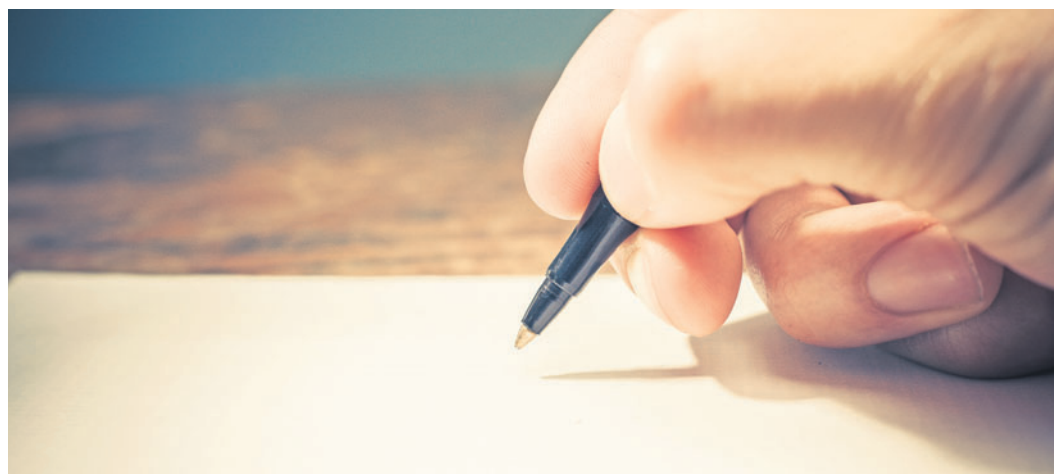
«Dass Frauen nicht für politische Ämter kandidieren wollen, ist eine Behauptung, die schon die Gegner des Frauenstimmrechts anführten.»

Über 1300 Unterschriften für Initiative der Freien Liste

Gesundheitspolitik Bis zum 1. Juli wäre noch Zeit gewesen. Doch bereits heute geht die Freie Liste davon aus, dass sie mit 1300 Unterstützern genügend Unterschriften beisammen hat und die Initiative «Erwerbsabhängige Krankenkassenprämien» im Landtag behandelt werden wird.

VON SILVIA BÖHLER

Die Freie Liste hat ihr gesetztes Ziel erreicht. Über 1300 Unterschriften konnten in den vergangenen Wochen für die Initiative «Erwerbsabhängige Krankenkassenprämien» gesammelt werden. Auch wenn wahrscheinlich noch ein paar ungünstige Stimmen darunter sein werden, geht Helen Konzett Bargetze davon aus, dass die Initiative zustande kommt. «Wir werden nächste Woche am Dienstag und Mittwoch die Unterschriften von den Gemeinden beglaubigen lassen und am Donnerstag der Regierung übergeben», so die Fraktionssprecherin. Dann liege der Ball beim Landtag. Er habe es in der Hand, ob die einfache Initiative dem Volk vorgelegt wird. Zur Erinnerung: Mit den erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien will die Freie Liste eine neue, gerechtere Verteilung der Lasten erzielen. Mit der Initiative sollen unsoziale Kopfprämien durch erwerbsabhängige Prämien ersetzt werden.



Staatsbeitrag, Arbeitgeberbeitrag, Franchisen und Selbstbehalt sollen jedoch unangetastet bleiben. Die vorgeschlagenen Massnahmen stossen bei den Vertretern der beiden Grossparteien FBP und VU allerdings auf einige Kritik. So wird etwa bemängelt, dass es sich die Freie Liste mit einer einfachen Initiative (ohne Ausformulierung einer Gesetzes-

vorlage) zu einfach mache. Helen Konzett Bargetze sieht in der offenen Formulierung jedoch einen Vorteil: «So kann die Regierung, der Landtag und das Volk mitdenken und ihr Know-how einbringen. Das Thema ist komplex und wir profitieren, wenn alle ihre Sichtweise einbringen. Wäre die Initiative nicht offen formuliert, könnte kein einziger

Paragraph mehr geändert werden.» Bereits jetzt soll es einige inhaltliche Tücken und Schwächen in der Vorlage geben. Die Freie Liste weist die Kritik von sich und ist der Meinung, dass das Volk entscheiden sollte. Die entscheidende Frage sei, ob die Krankenkassenprämien solidarischer als bisher verteilt werden sollen oder nicht.

Über 1300 Unterschriften konnte die Freie Liste sammeln. (Symbolfoto: SSI)

«Es ist klar unser Ziel, dass diese Frage durch eine Volksabstimmung geklärt wird», so Helen Konzett Bargetze. Aus ihrer Sicht wäre es un-demokratisch, wenn die Grossparteien es gar nicht erst zu einer Volksabstimmung kommen lassen würden. Denn das Thema Krankenkassenprämien betreffe jeden in Liechtenstein. «Dazu sollten sich auch alle, unabhängig von einer Partei, äussern dürfen.»

Warten auf Zustimmung

Sind 1000, der 1300 gesammelten Unterschriften gültig, wird sich der Landtag im September mit der Initiative befassen. Er wird erklären müssen, ob er mit dem gestellten Begehren einverstanden ist. Falls er zustimmt, hat bei einer einfachen Initiative der Landtag die Umsetzung zu erledigen. Stimmt der Landtag nicht zu, fällt die Initiative, sofern er nicht seinerseits eine Volksbefragung beschliesst. Bisher hat eine einfache Initiative noch nie zu einer Volksbefragung geführt.